



Einziger Ausweg oder unnötiger Kostentreiber? Darüber waren sich (von links) Ruedi Lais (Kantonsrat, SP), Min Li Marti (Nationalrätin, SP), Hansjörg Knecht (Nationalrat, SVP), Stephan Amacker (Präsident Energiekommission SVP ZH) an der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Manuela Moser (Redaktorin des ZO/AvU, Mitte) nicht einig. *Urs Weiskopf*

Hitzige Diskussion zum Energiegesetz

DÜBENDORF Die Abstimmung am 21. Mai über das revidierte Energiegesetz könnte eng ausgehen. Das hat eine Podiumsdiskussion in Dübendorf gezeigt. SP und SVP schenken sich in der Diskussion nichts.

Das revidierte Energiegesetz spaltet Verbände und Parteien. Entsprechend heftig wird es diskutiert. Mit einer neuen Strategie soll der Energieverbrauch gesenkt, die Energieeffizienz erhöht und erneuerbare Energie gefördert werden. Der Bau von neuen Kernkraftwerken wird laut Gesetz verboten. An der Podiumsveranstaltung im katholischen Pfarrzentrum Leepünt in Dübendorf hatte Moderatorin Manuela Moser, Redaktorin des ZO/AvU, keine leichte Aufgabe, als zwei SP- und zwei SVP-Politiker die Klängen kreuzten.

Das eidgenössische Parlament hat zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 das Energiegesetz

revidiert, am 21. Mai kann das Stimmvolk darüber abstimmen.

Kernenergie spaltet

Für SP-Nationalrätin Min Li Marti ist diese Strategie eine Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Fukushima. «Die SP will keine neuen Kernkraftwerke. Wir fordern eine Senkung des Erdölverbrauchs und einen sinnvollen Umgang mit Energie», sagte Marti am Dienstagabend und betonte, dass die SP in dieser Frage nicht gespalten sei.

SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht rechnete Marti vor, dass laut Gesetz bis zum Jahr 2035 der Energieverbrauch in der Schweiz um 43 Prozent gesenkt werden müsse. Er kam schnell auf die Kosten zu sprechen: Gemäss Knecht sind für die Energiestrategie 2050 Investitionen von 200 Milliarden Franken notwendig. Dieser Betrag belastet eine vierköpfige Familie mit 3200 Franken pro Jahr. Bei den Investitionen dachte Knecht an energiearme Elektrogeräte,

neue Stromleitungen, Energiespeicher, Haussanierungen oder Heizungen. Der SVP-Politiker führte aus, dass der sehr hohe Anteil an fossiler Energie und Kernenergie nicht durch alternative Energiegewinnung ersetzt werden könne. Solarenergie und Windkraft seien vom Wetter und von der Jahreszeit abhängig.

Lösungen sind gefragt

SP-Kantonsrat Ruedi Lais störte sich an der Haltung der SVP: «Die Partei sagt einfach Nein zum Energiegesetz. Sie präsentiert aber keine Lösungen!» Gemäss Lais muss man bei Energiefragen handeln und den Klimawandel stoppen. Das gehe nur über das Gesetz, ist er überzeugt.

Stephan Amacker, Präsident Energiekommission SVP ZH, konterte, die Partei habe sehr wohl Lösungen zu den Energiefragen, stellte aber klar: «Erst muss das revidierte Energiegesetz gestoppt werden.» Dem SVP-Politiker geht es in erster

Linie darum, genaue wissenschaftliche Fakten über die Klimaveränderung zu haben. Das CO₂ sei nur einer von vielen Faktoren, die den Treibhauseffekt auslösten – Wasserdampf sei eine weitere Form, die das Klima belastet. Die Schweiz produziere einen sehr kleinen Teil an CO₂-Gasen, und deshalb müsse man noch kein schlechtes Gewissen haben.

Einen Lösungsansatz ortet Knecht im eigenverantwortlichen Handeln. Der Unternehmer sagte, er sei seit Jahren bestrebt, mit Sanierungen im Betrieb und neuen Maschinen den Energieverbrauch tief zu halten. Die Schweiz mache viel, um das CO₂ zu senken. Er sei aber nicht bereit, sich immer neuen Wirtschaftsaufgaben zu beugen. Knecht meinte, man solle allen Energieformen gegenüber offen sein – auch gegenüber der Kernenergie, denn auch dort gebe es Entwicklungen.

Lais sieht das Problem nicht nur in der Energiegewinnung,

sondern auch bei der Speicherung. Es gebe zu wenige Batterien, die den produzierten Strom aufnehmen könnten. Das stelle vor allem dann ein Problem dar, wenn Windkraft und Sonnenenergie besonders ertragreich seien. Seine Parteikollegin Marti wies zudem auf die Arbeitsplätze hin, die in der Schweiz entstehen könnten, falls das Energiegesetz angenommen würde.

Graben auch im Publikum

Die rund 40 Besucher, die der Einladung der SVP und der SP Dübendorf folgten, waren in der Haltung ebenso gespalten wie die Politiker der beiden Parteien. Jemand wies darauf hin, dass die Produktion von Panels mit dem hohen Energieverbrauch problematisch sei. Eine Schwangere stand am Schluss der Veranstaltung auf, deutete mit dem Zeigefinger auf den Bauch und sagte: «Ich weiss nicht, in welcher Welt mein Kind gross werden wird. Das macht mir Sorgen.»

Bruno Fuchs

Ein Verlust, aber kleiner als erwartet

DÜBENDORF Die Rechnung 2016 der Stadt Dübendorf schliesst mit einem Minus von 2,4 Millionen Franken. Budgetiert war allerdings ein um 4,2 Millionen Franken grösserer Verlust.

So erfreulich wie 2015 konnte es nicht mehr kommen: Damals machte die Stadt Dübendorf 11,2 Millionen Franken Gewinn. Verantwortlich dafür war ein unvorhersehbarer Mehrertrag aus den vorangegangenen Jahren. Die Jahresrechnung 2016 musste nun ohne einen solchen Geldsegen auskommen. So präsentiert sie ein Minus über 2,4 Millionen Franken, wie es in einer aktuellen Meldung der Stadt heisst.

Besser ausgefallen

«Erfreulich» für den Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/GLP) ist die Rechnung dennoch. Budgetiert war nämlich ein noch grösseres Minus von 6,6 Millionen Franken. «Das Resultat ist dank höheren Steuererträgen besser ausgefallen», so Bäumle

weiter. Der Aufwand liegt bei 171,5 Millionen Franken, der Ertrag bei 169,1 Millionen Franken. Auf der Aufwandseite schlugen vor allem die höheren, konsolidierten Betriebs- und Defizitbeiträge zu Buche. Auch die Springerisätze im Bereich Soziales, Hochbau und bei den Finanz- und Controllingdiensten haben die Rechnung erheblich belastet. Dafür konnte der restliche Personalaufwand um 1,3 Millionen Franken unter Budget gehalten werden. Auf der Ertragsseite flossen diverse Rückerstattungen des Kantons, anderer Gemeinden und eigener Betriebe in die Stadtkasse.

Unter dem Strich lagen sowohl der Aufwand als auch der Ertrag über dem Budget. Zu erklären ist diese Abweichung auf beiden Seiten mit Sondereffekten durch die gesetzlich vorgeschriebene Neubewertung des Finanzvermögens, die alle zehn Jahre erfolgen muss.

2017 keine Zahlung mehr

Der Finanzausgleich des Kantons betrug im Rechnungsjahr

«Die grossen Investitionen müssen priorisiert werden. Sonst braucht es höhere Steuern.»

Martin Bäumle, Finanzvorstand

3,7 Millionen Franken. Ein Wertstropfen für die Dübendorfer ist, dass auf Grundlage der Steuerkraft 2015 diese Zahlung im Jahr 2017 wegfallen wird. «Mit der Steuerkraft 2016 wird 2018 höchstwahrscheinlich wieder eine Zahlung des Finanzausgleichs erfolgen», meint Bäumle.

Gestaffelt investieren

Bäumles Sorgenkind sind die anstehenden, grossen Investitionen: die Sanierung verschiedener Schulhäuser, der geplante Mehrzwecksaal bei der Oberen Mühle, das angedachte Hallenbad und der Erweiterungsbau für das Alters- und Spitex-Zentrum. Letzterer befindet sich mit Kosten von 40 Millionen Franken derzeit im Bau und wird voraussichtlich im Mai 2019 fertiggestellt sein.

«Der Selbstfinanzierungsgrad im Voranschlag 2017 sinkt voraussichtlich auf 21 Prozent», sagt Bäumle. «Es braucht gemäss Finanzplan des Stadtrats eine klare Priorisierung und eine zeitliche Staffelung, damit wir mittelfristig wieder auf einen

Selbstfinanzierungsgrad von 80 bis 100 Prozent kommen.» Wenn dies nicht geschieht, dann sei eine Steuererhöhung nicht zu umgehen, so der Finanzvorstand weiter.

Mehr flüssige Mittel

Immerhin: Vorteilhaft für die geplanten Investitionen ist, dass sich die flüssigen Mittel der Stadt um 5,3 Millionen Franken erhöht haben. Das Eigenkapital ist auf 88,8 Millionen Franken angestiegen.

Auch bei den Kosten für die Sozialhilfe liegt die Stadt Dübendorf immer noch unter dem kantonalen Mittel, wenn auch generell ein grosser Mehraufwand erkennbar ist. Dies liegt vor allem an der Pflegefinanzierung des Alters- und Pflegeheims sowie an der ambulanten Krankenpflege. Auch die Ausgaben für die Asylkoordination ist 2016 gestiegen.

Die Zahlen in der Sozialhilfe bewegten sich nach wie vor im stabilen Bereich, nämlich um die 300 Fälle.

Manuela Moser

Keine Gratis-Velos am Greifensee

USTER Der Gratis-Veloverleih am Greifensee findet dieses Jahr nicht statt. Für die Weiterführung des Projekts fehlt es an Mitarbeitern, denn die Stadt schickt keine Sozialhilfebezügler.

Der Veloverleih am Greifensee wird es diesen Sommer nicht mehr geben. Durchgeführt wurde er bisher von «Heks rollt», einem Projekt, bei dem Sozialhilfebezügler Fahrräder warten und an die Bevölkerung vermieten. Letztes Jahr arbeiteten vor allem Erwerbslose aus Dübendorf und Wädenswil am Greifensee. Projektleiter Edo Tikvesa erklärt: Viele Kandidaten für Arbeitsintegration setze man auf deren Wunsch anderswo ein. «Manchmal ist es für diese schwierig, sich in ihrem Wohnkreis als Bezüger von Sozialhilfe zu outen.»

Dieses Jahr kommen allerdings nur noch sehr wenige Helfer von ausserhalb. «Wir hatten gehofft, dass nach Anlauf des Projekts auch Erwerbslose aus Uster beim Veloverleih mitmachen würden», sagt Tikvesa. Die Stadt Uster arbeitet allerdings mit dem Verein Also zusammen, ebenfalls ein Anbieter von Arbeitsintegrationsmassnahmen. Armin Manser, Sekretär der Sozialbehörde der Stadt Uster, erklärt: «Wir haben mit dem Verein gute Erfahrungen gemacht, was die Qualität der Arbeitsintegration angeht.» Man wolle die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit nicht noch einmal neu verhandeln müssen.

Neuaufgabe im Sommer 2018?

Die Stadt würde es aber unterstützen, wenn die beiden Anbieter zusammenspannen würden. Edo Tikvesa versteht nicht, warum er sich an den Verein wenden soll: «Der Verein ist eine Art Konkurrenz von uns.» Trotzdem hat er beim Verein angefragt. Marlies Wickart, Fachleiterin Soziale Integration bei Also, sagt, dass man zu wenig geeignete Kandidaten für den Veloverleih gehabt habe. Aber grundsätzlich sei man offen für eine Zusammenarbeit. Falls wieder eine Anfrage käme, würde man neu prüfen, ob man Erwerbslose an den Veloverleih schicken könne.

Edo Tikveso findet es schade, dass das Projekt in diesem Jahr nicht stattfinden kann. «Die Leidtragenden sind die Sozialhilfebezügler und die Bevölkerung», sagt er. Denn bei Touristen und Anwohnern sei das Sozialprojekt sehr beliebt gewesen. «Die Velos haben die Leute zusammengebracht», sagt Tikvesa. Es seien sogar richtige Freundschaften entstanden. «Oft verlangten die Leute von einem bestimmten Menschen beraten zu werden, weil dieser das letzte Mal so nett gewesen sei.» Vorerst ist das Projekt auf Eis gelegt. Aber Tikvesa will für nächstes Jahr nochmals einen Antrag auf Unterstützung stellen. *zo*

In Kürze

USTER Zirkus Stey auf der Püntwiese

Vom 12. bis 17. April gastiert der Zirkus Stey zu seinem 580. Geburtstag mit dem Programm «We are family» auf der Püntwiese in Uster. Weitere Informationen sind unter www.zirkus-stey.ch zu finden. Auch Ticketreservierungen sind dort möglich. *zo*